



Bern, 8. Dezember 2014

Medienmitteilung

Weder Fisch noch Vogel: Energiewende ohne Atomausstieg

Die Allianz Atomausstieg kritisiert den inkonsequenten Nationalratsentscheid zum Atomausstieg scharf. Die Energiewende wurde bejaht ohne den rechtzeitigen Schritt zur Abkehr von der Atomkraft vorzunehmen. Die unmittelbare Gefährdung der Bevölkerung bleibt bestehen. Das kann nicht hingegenommen werden.

Der Nationalrat hat heute die Revision des Kernenergiegesetzes im Rahmen der Energie-Strategie 2050 des Bundes diskutiert. Kaspar Schuler, Geschäftsleiter der Allianz kritisiert: „Der entscheidende Schritt hat der Nationalrat weit vor sich her geschoben: Es soll erst eine Laufzeitbeschränkung für die Mehrheit der massiv überalterten Schweizer AKW bei 60 Jahren geben! Das bei Atomkraftwerken, die für ursprünglich 30, allerhöchstens 40 Jahre ausgelegt waren.“ Sogar die heute minimalst vertretbare Beschränkung wurde abgelehnt, die Laufzeitbefristung auf 50 Jahre für die 3 ältesten AKW der Schweiz. Sie müssten so innert der nächsten Jahre vom Netz genommen werden.

Kaspar Schuler: „Mit der nun getroffenen 60-Jahre-Regelung kann das älteste AKW der Welt, Beznau I, bis 2029 laufen gelassen werden. Damit wird unverantwortlich um die AKW-Sicherheit gepokert, mit der ganzen Schweizer Bevölkerung als Einsatz.“ Auch die Uralt-AKW Beznau und Mühleberg könnten unverantwortlich lange in Betrieb bleiben, bis 2031 bzw. 2032. Schuler: „Da für die jüngeren AKW in Gösgen und Leibstadt keine Befristungsregelung getroffen wurde, ist absehbar, dass sie sogar nach Ablauf der Energiestrategie 2050 in Betrieb sein würden; ein Irrsinn. Daran ändert auch das Bauverbot für neue AKW nichts.“

Mit diesem, vom Druck der AKW-Betreiber fehlgeleiteten Nationalratsentscheid erhält die Energiestrategie des Bundes keine klare Rahmensetzung. Es fehlt an Bedarfsnachweis und Planungssicherheit für den Umbau auf die erneuerbaren Energien. So entsteht auch keine Investitionssicherheit, weder für Private noch für industrielle Investoren. Die Energie-Strategie 2050, das wichtigste Vorhaben zur überfälligen energiewirtschaftlichen Stärkung der Schweiz, droht unter dem altbekannten rückwärtsgewandten Druck der Atomkraftbefürworter zu kollabieren. Die unmittelbare Gefährdung der Bevölkerung bleibt bestehen.

Die Allianz Atomausstieg ist enttäuscht und wird das so nicht stehen lassen. Sie ist ein Zusammenschluss von 38 Organisationen, die der Atomkraft aus wohlüberlegten energiewirtschaftlichen und politischen, ethischen oder medizinischen Gründen kritisch gegenüber stehen.

Umso wichtiger wird nun die Atomausstiegsinitiative, die für alle AKW eine klare Regelung mit 45 Jahren Laufzeitbeschränkung etabliert.

Die Allianz appelliert jedoch vorab an den Ständerat, den gravierenden Fehlentscheid des Nationalrates zu korrigieren, zugunsten einer tatsächlich breit in der Bevölkerung getragenen Energiewende.



Zu den weiteren Entscheiden des Nationalrates

Zudem hat der Nationalrat heute folgende Veränderungen in Teilaspekten des Kernenergiegesetzes verabschiedet:

- **Langzeitbetriebskonzept**
Neu wird ein Langzeitbetriebskonzept für den Betrieb der Atomkraftwerke eingeführt, was die Betreiber wenigstens zu zehnjährigen Planungsschritten bei AKW mit mehr als 40 Jahren Betriebsdauer verpflichtet.
- **Keine „steigende Sicherheit“ bei Nachrüstungen**
Der Rat hat leider die „steigende Sicherheit“ bei Nachrüstungen abgelehnt, was die AKW nun ohne klare Rahmensetzung in den Betrieb bis 60 und mehr Jahre entlässt, trotz fortschreitender Überalterung mit immer grösseren Unfallrisiken. Die AKW in Gösgen und Leibstadt können so ohne gesetzliche Einschränkungen kostenoptimiert betrieben werden, auf Kosten der Sicherheit der Bevölkerung.
- **Wiederaufarbeitungsverbot**
Immerhin hat der Nationalrat seine internationale Glaubwürdigkeit gestärkt und das bestehende, zehnjährige Moratorium für die Wiederaufarbeitung gebrauchter Brennstäbe in ein Verbot umgewandelt. Abgebrannte Brennstäbe bleiben so bei uns und die zusätzliche Umweltverseuchung durch die Wiederaufarbeitung entfällt. Das ist ein wichtiger Schritt, der auch für die permanent bedrohte und schleichend vergiftete Bevölkerung im Umfeld der Anlagen in Frankreich, England, Russland ein erster Lichtblick ist.

Der Nationalrat hat mit diesen Teilentscheiden eine augenfällige Inkonsistenz bewiesen. Die Langzeitbetriebskonzepte zu bejahen, ohne zu definieren, dass den überalterten Atomkraftwerken mit Nachrüstungsmassnahmen zu „steigender Sicherheit“ verholpen wird, macht keinen Sinn. Die Langzeitbetriebskonzepte sind so eine rein formale Massnahme, ein Gesetzesartikel ohne Zähne. Es bleibt die klare Pflicht des Ständerates hier Korrekturen vorzunehmen. Die atomkritische Bevölkerung erwartet das.

Kontakt Allianz Atomausstieg

Kaspar Schuler
Geschäftsführer Allianz Atomausstieg
E-Mail: kaspar.schuler@atomausstieg.ch
Mobile: +41 (0)79 702 86 52

Jürg Buri
Präsident Allianz Atomausstieg
Geschäftsführer Schweizerische Energie-Stiftung SES
E-Mail: juerg.buri@energiestiftung.ch
Mobile: +41 (0)78 627 84 14

Christian van Singer
Vize-Präsident Allianz Atomausstieg
Sortir du nucléaire
E-Mail: christian.vansinger@highspeed.ch
Mobile: +41 (0)78 793 61 78



Mitgliedorganisationen der Allianz Atomausstieg

Allianz Thurgau «Nein zu neuen AKW»
Alternative Liste Kanton Zürich
Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz
Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg
Christlich-soziale Partei (CSP Schweiz)
ContrAtom
écologie libérale
Fokus Anti-Atom
Frauen für den Frieden Schweiz
gesellschaft für bedrohte völker
Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK)
Greenpeace Schweiz
Grüne Uri
Grüne Partei der Schweiz
Incomindios Schweiz
Junge Grüne
JungsozialistInnen Schweiz (JUSO)
KLAR! Schweiz
Komitee Stopp-Atom St. Gallen/Appenzell
Komitee für eine Mitsprache des Nidwaldner
Volkes bei Atomanlagen (MNA)

Naturschutzbund Vorarlberg
Nie wieder Atomkraftwerke (NWA)
oeku Kirche und Umwelt
Ökozentrum Langenbruck
Pro Natura
ÄrztInnen für soziale Verantwortung und zur
Verhütung eines Atomkriegs PSR / IPPNW
Schweiz
Religiös Sozialistische Vereinigung der
Deutschschweiz (RESOS)
Schweizerische Energie-Stiftung (SES)
Schweizerischer Friedensrat (SFR)
Solarspar
Sortir du Nucléaire
SP Schweiz
SPD Landesverband Baden-Württemberg
Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie
(SSES)
Trinationaler Atomschutzverband TRAS
VBU Vereinigung Bündner Umweltorganisationen
Verkehrs-Club Schweiz (VCS)
WWF Schweiz

*Stand: Oktober 2014